BaZ, 13.1.16, S. 21

Alterskonzept geht über Bord

Altersheim Schlossacker in Binningen verliert mit Spitex den wichtigsten Mieter

Zu wenig Platz. Die Spitex baut aus und verlässt das neu errichtete Altersheim Schlossacker. Foto Florian Bertschiger

Von Daniel Wahl

Binningen. Die Abrechnung für den Neubau des Alters- und Pflegeheims (APH) Schlossacker in Binningen ist dem Einwohnerrat noch nicht einmal zur Kenntnis gebracht worden, schon verlässt der wichtigste Partner – die vor gut zweieinhalb Jahren neu aufgestellte Spitex Allschwil-Binningen-Schönenbuch – das Gebäude im Dorfzentrum. Im Dezember hat die Spitex das Mietverhältnis auf Ende 2016 gekündigt. Spätestens dann will der Spezialist für ambulante Pflege und Betreuung eine Kantonsliegenschaft beziehen, wie Spitex-Geschäftsleiter Peter Kury bestätigt. «Der Kanton verkauft ein Gebäude und gibt den Vorzug jenen Interessenten, die eine öffentliche Aufgabe erfüllen», sagt er. Die Spitex-Tagesstätte, wo Betagte tagsüber betreut, begleitet und abends wieder nach Hause gebracht werden, verbleibt aber noch immer im Schlossacker-Neubau.

Für die Räume aller Spitex-Angebote im Altersheim verrechnet die Gemeinde Binningen einen Mietzins von 180 000 Franken mit den Spitexleistungen. Diese Räume werden nun zum grössten Teil frei.

Forderung nicht mehr erfüllt

Der nach den Wirren ums neu gebaute Schlossacker (Mobbingvorwürfe, gefährliche Pflege, hohe Personalfluktuation) eingesetzte Leiter Raphael Thürlemann ist nicht zu beneiden. Eben musste er für Ruhe und Kontinuität im Haus sorgen, schon zieht sein Partner aus, der erst noch zum Ur-Konzept des Alterszentrums gehört. Der Binninger Einwohnerrat bewilligte nämlich den Gemeindeanteil von 13 Millionen Franken am 42-Millionen-Bau unter der Prämisse, dass ein umfassendes «Kompetenzzentrum für Alter» umgesetzt wird, wozu auch die Spitex gehört. Dieses Konzept ist nun im Sich-Auflösen begriffen – eine politische Forderung wird so nicht mehr erfüllt.

Als Grund für den Wegzug gibt Kury Platzmangel an: «Die Spitex wird das Angebot erweitern.» Der Geschäftsleiter denkt dabei etwa an den Ausbau von «Angehörigen-Projekten», diverse neue Kurse wie Gesprächskreise, schonende Pflege bis zum richtigen Medikamenten-Handling. Auch wolle die Spitex den Mahlzeitendienst aufwerten und Warmes servieren.

Es ist eine Entwicklung, die sich abgezeichnet habe, «die ambulante Behandlung hat einen höheren Stellenwert erhalten», kommentiert der Binninger Gemeindepräsident Mike Keller den Auszug. Diese Situation sei, als das APH Schlossacker 2013 gebaut wurde, nicht absehbar gewesen.

Nun wird Heimleiter Raphael Thürlemann auf Nachfolgersuche gehen. Es sei für ihn eine Herausforderung. Man habe zwar genügend Parkplätze und sei im Dorfzentrum, aber die neu zu vermietende Fläche sei riesig.

Gemeindepräsident Mike Keller gibt sich optimistisch. Man kläre derzeit ab, ob die Gemeinde selber Räume im Schlossacker beziehen wolle. Er geht aber davon aus, dass «im Altersbereich eine Nachfrage nach mehr Raum» vorhanden sei. Laut Keller wird die Bauabrechnung dem Binninger Einwohnerrat im März zur Kenntnis gebracht. Man liege, Teuerung eingerechnet, deutlich unter dem Budget.

Altersheim Schlossacker in finanzieller Notlage

Nach dem Auszug der Spitex aus dem Binninger Pflegeheim fordert der Stiftungsrat Subventionen

Von Daniel Wahl

Binningen. Hielt der Binninger Gemeindepräsident Mike Keller (FDP) den Ball bewusst sehr flach? Der BaZ erklärte er kürzlich in sorglosem Ton, es werde sich schon ein Nachmieter im Alters- und Pflegeheim (APH) Schlossacker finden für die Spitex, die aus dem Neubau auszieht und nahezu eine leere Etage hinterlässt. Doch Tatsache ist: Der Wegzug der Spitex Allschwil-Binningen-Schönenbuch ist ein eigentliches Desaster.

Per Ende Jahr verliert der Stiftungsrat der APH Binningen einen Partner im Neubau, der nebst vielen Räumen auch Parkplätze und Abstellräume belegte und dafür jährlich 180 000 Franken Mieteinnahmen brachte. Weil die Spitex in Binningen eine Kantonsliegenschaft übernehmen will, hat der Gemeinderat als direkter Mieter und Spitex-Vertragspartner die Räume auf Ende Dezember 2016 gekündigt.

Für den Stiftungsrat kam die Kündigung «völlig §überraschend» und ist «nicht nachvollziehbar», wie er in einer Stellungnahme schreibt. «Dadurch könnte die Stiftung in eine finanzielle Notlage kommen»; man fordert von der Gemeinde – damit dem Schlossacker kein finanzieller Schaden entsteht – eine «moralische und insbesondere auch finanzielle Unterstützung».

Refinanzierung gefährdet

Offenbar wurde beim Bau des 42-Millionen-Franken-Gebäudes sehr spitz kalkuliert, wie Stiftungsratspräsident Thomas M. Petitjean durchblicken lässt: «Die Ausfälle von Mieten können wir uns nicht leisten und die Kosten ebenso wenig auf die Bewohnerinnen und Bewohner überwälzen.» Weil der Gemeinderat dem Auszug der Spitex stattgegeben habe, sehe man die Gemeinde Binningen in der Pflicht.

Als Binningen im Jahr 2002 ein Vorprojekt erarbeitet und die Stiftung APH Binningen um eine Trägerschaft gebeten hatte, stand ein sogenanntes «Kompetenzzentrum für Altersbetreuung» im Mittelpunkt der Planung. Man wollte Synergien unter den Institutionen schaffen. Folgerichtig ging das Projekt «Wohnen Plus» als Siegerin hervor und wurde mit dem APH Schlossacker auf dem Land der Gemeinde Binningen per 2013 realisiert. «Die Räume sind zusammen mit der Spitex eng und ohne Abstriche geplant und sehr spezifisch auf deren Bedürfnisse gebaut worden. Ein Nachmieter wird mit grosser Wahrscheinlichkeit einen Umbau verlangen», sagt Petitjean. Das führe neben Zusatzkosten auch zu entsprechenden Ausfällen von Mieteinnahmen. Unverständlich sei der Wegzug der Spitex umso mehr, weil der Stiftungsrat alles gemacht habe, um dem Verein weiteren Platz für seinen Wachstumskurs einzuräumen. «Wir hätten unsere Verwaltung reduziert», erklärt Petitjean.

Mit dem Auszug der Spitex scheint das vom Einwohnerrat beschlossene Konzept eines «Kompetenzzentrums für die Altersbetreuung» zu sterben. Ob die Einwohnerräte das so hinnehmen? Dass sich eine Entwicklung weg vom Kompetenztrum hin zur ambulanten Betreuung abgezeichnet hatte, wie das jetzt der Gemeindepräsident unbeschwert erzählt, und dass diese Entwicklung nicht absehbar gewesen sei, kauft man Mike Keller nur sehr schwer ab. Umgekehrt müssen sich die Einwohnerräte die Frage gefallen lassen, weshalb sie ein Spitex-Konzept politisch zu zementieren versuchten, das über wenige Jahre mit der reellen Entwicklung in Altersfragen nicht standhalten konnte.

Missbrauchte Mike Keller sein Amt?

Versteckte Subventionen vereinbart, Verträge eigenmächtig gekündigt – Amtskollegen leiten Vollbremsung ein

Von Daniel Wahl

Binningen. Es war ein bemerkenswerter Vorgang, der sich in den letzten Tagen abgespielt hat: Eine gemeinderätliche Dreierdelegation aus Binningen, bestehend aus Philippe Meerwein (SP), Mirjam Schmidlin (Grüne) und Urs-Peter Moos (parteilos), sprach beim kantonalen Hochbauamt, Abteilung Immobilienverkehr, vor. Ziel des Besuches in Liestal: der sofortige Stopp des Verkaufes der Bezirksschreiberei in Binningen – eine leer stehende Kantonsliegenschaft – an die Bürgergemeinde Binningen. Bemerkenswert insofern, weil es den Gemeinderäten offenbar gelang, beim Kanton einen Verkauf, der bis zur Unterschriftsreife vorbereitet war, bis kommenden Juni zu sistieren. Die Bürgergemeinde wollte nämlich das Haus erwerben, um es ab dem Jahr 2017 an die Spitex Allschwil-Binningen-Schönenbuch zu vermieten – offenbar eine lukrative Geschäftsidee. Vorderhand aber haben sie das Nachsehen.

Die Verlegung der Spitex aus dem Alters- und Pflegeheim Schlossacker in die Bezirksschreiberei war ein von langer Hand eingefädelter Deal, für welchen Gemeindepräsident Mike Keller den Weg entscheidend vorbereitet hat. Im vergangenen September übertölpelte er den Stiftungsrat Alters- und Pflegeheime Binningen, welcher auch den Schlossacker betreibt, mit der Begründung, die Verträge zwischen der Gemeinde Binningen und Spitex müssten mit den Verträgen zwischen der Gemeinde Binningen und dem APH in terminliche Übereinstimmung gebracht – sprich «homologiert» – werden. Unter diesem Vorwand gelang es Keller, dass der APH-Stiftungsrat eine Reduktion der Mindestmietdauer von 2018 auf Ende 2016 schluckte. Dazu sagt Stiftungspräsident Thomas Petitjean: «Es schien uns alles plausibel, als Mike Keller im Herbst zu uns kam. Nie wäre es uns in den Sinn gekommen, dass die Gemeinde dann tatsächlich die Räume unseres Ankermieters kündigen sollte.»

Keine Erklärung. Die Gemeinde Binningen bezahlt 180 000 Franken für die Spitex-Räume. Bei der Spitex sollen bloss 120 000 Franken stehen. Zur Differenz von 60 000 Franken schweigt sich Präsident Mike Keller derzeit aus. Foto Pierre Stoffel

Eigenmächtig gekündigt

Ohne Zustimmung des Gesamtgemeinderats schritt dann Keller im Dezember zur Tat und kündigte die Mietverträge für die Spitex-Räume im Alters- und Pflegeheim (APH) Schlossacker. So ermöglichte er den Auszug der Spitex überhaupt. Die APH-Stiftung sieht sich nun ohne Ankermieter vor einem Scherbenhaufen. In einem öffentlichen Brief drückte der Stiftungsrat sein «Unverständnis über das Vorgehen des Binninger Gemeinderats» aus.

Mit der Sistierung des Verkaufes der Bezirksschreiberei in Binningen an die Bürgergemeinde haben die drei Gemeinderäte Moos, Schmidli und Meerwein den Sololäufer Keller gestoppt: Erhält die Bürgergemeinde die Bezirksschreiberei nicht, dann kriegt die Spitex keine neuen Räume und kann ohne neue Perspektive nicht aus dem Schlossacker ausziehen.

Volksinitiative lanciert

Um nun den Sack zuzumachen, lancierte gestern Gemeinderat Urs-Peter Moos darüber hinaus eine kommunale Volksinitiative: Die Einwohnergemeinde Binningen soll die Bezirksschreiberei an der Baslerstrasse 35 selber erwerben. «Die Gemeinde ist dringend selber auf neue Räume angewiesen, Keller hat hier die Interessen von Binningen nicht vertreten», begründet er die Initiative. Bis zum 30. Juni soll der Kauf-Entscheid fallen. Würden die Einwohner sich gegen den Erwerb aussprechen, würde die Gemeinde dem Kanton eine Entschädigung für die Sistierung zahlen.

Seit diesen Aktionen ist die Luft besonders dick geworden im Gemeinderat. Keller hat eine ausserordentliche Sitzung einberufen. Und einiges muss hier besprochen und Transparenz geschaffen werden. Weshalb hat der Gemeindepräsident im Alleingang die Mindestmietdauer heruntersetzen lassen? Und weshalb hat er eigenmächtig die Mietverträge gekündigt – ohne das Geschäft in den Gemeinderat zu bringen? Wie die BaZ bei der Stiftung in Erfahrung bringen konnte, hat das APH Schlossacker der Spitex die Fläche von zusätzlich knapp 350 Quadratmetern angeboten (ein Hinweis übrigens darauf, dass der Schlossacker völlig überdimensioniert gebaut worden ist und nicht ausgelastet ist). So käme die Spitex im Schlossacker auf eine neue Gesamtfläche von 920 Quadratmetern. In der Bezirksschreiberei werden der schnell wachsenden Alters-Betreuungs-Organisation maximal 810 Quadratmeter zur Verfügung gestellt.

Ohnehin war es Binningens politischer Wille und in der Volksabstimmung zum Bau des Schlossackers so als Konzept angekündigt, mit dem Schlossacker ein «Alterskompetenzzentrum» im Dorf zu bauen. Mit an Bord soll die Spitex sein. Diese konnte daraufhin Ausbauwünsche und Raumbedarf bis in die Details anmelden. Nun soll sie bereits wieder ausziehen dürfen.

Intransparente Verrechnung

Brisant ist in diesem Zusammenhang auch die Klärung der Frage, weshalb die Spitex sich als Organisation nicht selber in den Schlossacker eingemietet hat. Vielmehr tritt die Gemeinde Binningen als Mieter der Spitex-Räume auf und stellt sie der Spitex dann in Rechnung. Zu diesem Konstrukt sagt Stiftungspräsident Thomas Petitjean: «Der Spitex waren die Mieten im Schlossacker zu teuer, selbst als wir nach einem Preisabschlag entgegenkamen.» Daraufhin habe Gemeindepräsident Mike Keller «pragmatisch» vorgeschlagen, er löse das Problem.

Laut Keller zahlt die Einwohnergemeinde Binningen 180 000 Franken Miete für die Spitexräume. Wie die BaZ aber in Erfahrung bringen konnte, stehen die Mieten mit 120 000 Franken in den Büchern der Spitex. Erklärungen zur jährlich wiederkehrenden Differenz von 60 000 Franken gibt es zurzeit keine. Auf die Frage, ob dieser Betrag, der gegenüber dem Einwohnerrat nicht deklariert ist, als versteckte Subvention bezeichnet werden darf, gibt Mike Keller keine Antwort. Er schreibt: «Der Gemeinderat möchte die politische Diskussion der Thematik mit der Stiftung APH und dem Verein Spitex ABS nicht über die Tagesmedien austragen.» Es fänden interne Gespräche statt. Keller wolle danach Transparenz schaffen, es brauche einfach noch Geduld.

Kommentar

Interessen des Dorfs verraten

Von Daniel Wahl

Es war der erklärte Wille von Politik und Volk, im Dorfzentrum mit dem Bau des Alters- und Pflegeheims Schlossacker ein «Alterskompetenzzentrum» zu bauen. «Unter seinem Dach werden auch die Spitex und weitere Dienstleistungen für ältere Menschen vereint», hiess es in der Abstimmungsbroschüre. Und was macht Gemeindepräsident Mike Keller? Er überredet rund zwei Jahre nach dem Einzug den ahnungslosen APH-Stiftungsrat zu einer Vertragsänderung, nur um der Spitex reibungslos den Auszug aus dem APH zu ermöglichen. Das alles, ohne sich mit seinen Kollegen abgestimmt zu haben. Das eigenmächtige Vorgehen bringt das APH, an dem Binningen selber mit 13 Millionen Franken beteiligt ist, in Existenznöte und ist Verrat am Modell Alterskompetenzzentrum. Kellers Vorgehen ist nicht neu. Schon vor Einzug der Spitex verhielt er sich wie ein Götti gegenüber dieser Organisation: Als die Spitex die Marktmiete im APH nicht zahlen wollte, entschied er, dass die Gemeinde Binningen die Mieten übernimmt und verrechnet offenbar mit Differenzen. Fragen zu versteckten Subventionen will er nicht beantworten. Eine derartige Bevorzugung einer privaten Organisation lässt Straftatbestände vermuten. Wenn nicht die Geschäftsprüfungskommission, sollte sich hier doch die Staatsanwaltschaft einschalten.

daniel.wahl@baz.ch

Replik

Im Interesse des Dorfs

Von Mike Keller

Die Gemeinderatswahlen stehen vor der Türe und der Wahlkampf der Kandidierenden läuft auf Hochtouren. Hierzu sind Plattformen in den Medien sehr willkommen. Bisher fanden diese Wahlaktionen in einem harten, kritischen, aber fairen Rahmen statt. Mit dem BaZ-Artikel «Missbrauchte Mike Keller sein Amt?» vom 11. Februar haben nun aber US-amerikanische Verhältnisse Einzug gehalten. Da werden mir zu einem lokalen Thema Vorwürfe und Unterstellungen gemacht, welche letztlich darauf abzielen, meine Wahlchancen als Gemeinderat und Gemeindepräsident zu schmälern.

Ich kann mich gegenüber dem Artikel versuchen zu wehren, wie ich will, es ist immer unglücklich. Denn wenn ich auf die konkreten Anschuldigungen und Darlegungen eingehe, kann ich dies nur, wenn ich meine Verpflichtung zur Vertraulichkeit als Gemeinderatsmitglied verletze. Andererseits müsste ich mit meinen Richtigstellungen auch die betroffenen Institutionen, deren Rolle und Verhalten miteinbeziehen, was aber meiner Meinung nach nicht über die Medien aufzuzeigen ist. Schwärze ich mit meiner Rechtfertigung diejenigen Gemeinderatsmitglieder an, die den BaZ-Artikel mitzuverantworten haben, würde ich Gleiches mit Gleichem vergelten – was für mich nie infrage käme. Reagiere ich überhaupt nicht, liesse sich daraus schliessen, dass die Ausführungen im BaZ-Artikel so der Wahrheit entsprechen, was wiederum falsch wäre. So habe ich mich dazu entschlossen, auf diesem Weg eine persönliche Darlegung abzugeben.

> Ich kann mich zu dem Artikel versuchen zu wehren, wie ich will, es ist immer unglücklich.

Die mittlerweile drei Artikel der BaZ rund um den Auszug der Spitex Binningen aus den Räumlichkeiten des Altersheims Schlossacker in Binningen konnten meiner Meinung nach nur aufgrund von unredlich der Redaktion zugespielten Informationen verfasst werden. Ich habe mich im ersten Artikel offen und wahrheitsgetreu zu den gestellten Fragen geäussert. Als der zweite Artikel publiziert wurde, beschloss ich, den Medien zu diesem Thema keine Auskünfte mehr zu geben. Denn weder eine Auseinandersetzung zwischen Binninger Institutionen noch Meinungsverschiedenheiten unter Gemeinderatsmitgliedern sollen über die Medien geführt werden. Zudem steht es mir nicht an, zu laufenden Geschäften des Gemeinderats ohne entsprechenden Beschluss des Gemeinderats Detailinformationen abzugeben. Weiter ist es eigenartig, dass die ganze Angelegenheit auf meine Person fokussiert wird. Denn die geschäftskreisführende Gemeinderatsperson, der Verwaltungsleiter und der verantwortliche Abteilungsleiter waren während der ganzen Zeit gemeinsam mit mir in das Geschehen involviert.

Die Erfahrungen der vergangenen drei Jahre als Gemeindepräsident haben mich leider gelehrt, dass mehrmals vertrauliche Informationen aus dem Binninger Gemeinderat den Weg zu den Medien fanden. Bis heute konnte ich aber nicht in Erfahrung bringen, wer dafür verantwortlich ist. Doch dieser Umstand führt bedauerlicherweise zur nachvollziehbaren Konsequenz, dass man eher zurückhaltend informiert.

Ich bin sehr dafür, dass die Geschäftsprüfungskommission des Einwohnerrats die ganze Thematik untersucht. Leider kann sie das aber erst angehen, wenn das Geschäft abgeschlossen ist. Dann werden die Wahlen erfolgt und möglicherweise die neu gewählten Personen im Amt sein. So kann ich nur hoffen, dass andere Stellen, welche nicht an die Vertraulichkeit gebunden sind und nicht die Diskreditierung eines ganzen Gremiums in Kauf nehmen müssen, sich nun zu Wort melden. Andererseits muss ich einen Weg finden, dass das Gemeinderatsgremium wieder als solches arbeiten kann; wenigstens noch bis zum Ende der Legislatur. Ich darf versichern, dass ich zusammen mit der zuständigen Gemeinderatsperson, dem Verwaltungsleiter und dem verantwortlichen Abteilungsleiter im Interesse der Gemeinde gehandelt habe, niemandem Schaden zugefügt oder betrogen habe und dass keine Straftaten begangen wurden oder ein Machtmissbrauch vorgenommen worden ist.

Mike Keller (FDP) ist Gemeindepräsident von Binningen.

Desolate Zustände in Binninger Gemeinderat

Streit um Altersheim Schlossacker und Spitex fördert Misstrauenskultur zutage

Von Joël Hoffmann

Binningen. Misstrauen und Geheimaktionen: Der Binninger Gemeinderat ist das Gegenteil einer Kollegialbehörde. Seit Jahren angehäufte Spannungen entladen sich während des Wahlkampfs besonders schmutzig. Neben all dem Schlamm mit dem sich nun die Parteien und Kandidaten bewerfen, zeigen BaZ-Recherchen, dass der Binninger Spitex-Streit vor allem eines ist: ein Beleg für einen nicht funktionierenden Gemeinderat.

Den Rahmen dieser Gemeinderats-Posse bilden das Altersheim Schlossacker und die Spitex, die aus dem Altersheim ausziehen will. Die Hauptrolle spielt Gemeindepräsident Mike Keller (FDP). Er soll Kraft seines Amtes die Spitex begünstigt haben: versteckte Mietbeiträge für die Spitex, eigenmächtige Kündigung des Mietvertrags mit dem Altersheim und letztlich soll er den Umzug der Spitex in die Bezirksschreiberei eingefädelt haben. Als Investor und Vermieter sollte die Bürgergemeinde fungieren. Den angeblichen «Geheimplan-Keller» gestoppt haben die drei Gemeinderäte Urs-Peter Moos (parteilos), Mirjam Schmidli (Grüne) und Philippe Meerwein (SP). Sie verhinderten den Verkauf und blockieren vorläufig den Spitex-Umzug.

Die FDP eilt nun ihrem Gemeindepräsidenten zu Hilfe. Die Partei verurteilt die «haltlosen Behauptungen» und «diffamierenden Unterstellungen». Sie tut die Vorwürfe als Wahlkampfintrige des Gemeinderats Moos ab und wirft ihrerseits mit Schlamm gegen den Parteilosen. Die in der Sache ebenso involvierten Schmidli und Meerwein erwähnen die Freisinnigen jedoch nicht.

Auch die SP reagiert in bester Wahlkampfmanier mit dem Hinweis, dass sich alle Kandidaten (egal für welches Amt) für Transparenz einsetzen würden. Die SP fordert eine Untersuchung der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission. Man will wissen, wie vertrauliche Infos an die Medien gelangten und was an der Spitex-Sache wirklich dran ist. Die Genossen hätten dafür auch einfach ihre beiden Gemeinderäte Meerwein und Heidi Ernst fragen können. Und auch Moos lässt die Angriffe der FDP auf seine Person nicht lange unerwidert. Er wirft Keller widerrechtliches Verhalten vor und fordert eine externe und unabhängige Untersuchung. Nicht zuletzt kündigt Moos Strafanzeigen an.

Spielplatz der Intrige. Das Altersheim Schlossacker bietet die Bühne für das gemeinderätliche Wahlkampftheater 2016. Foto Florian Bärtschiger

Was wirklich geschah

Der Wahlkampf läuft auf Hochtouren. Doch parteipolitische Präferenzen und persönliche Animositäten verzerren den Blick auf die Fakten. Der BaZ liegen diverse Unterlagen vor. Diese zeigen, was wirklich geschah:

Als das Altersheim gebaut wurde, sollte die Spitex viel mehr Miete bezahlen, als vor den Bauarbeiten besprochen. Die Spitex konnte sich die vom Heim nun verlangte Miete nicht leisten und wollte nicht einziehen. Doch die Politik hat vorab entschieden, dass die Spitex ins Altersheim ziehen soll. Keller suchte nun eine Lösung für das Dilemma und schloss einen Mietvertrag der Gemeinde mit dem Heim und einen Mietvertrag zwischen Gemeinde und Spitex. Binningen bezahlte diesen Kompromiss mit jährlich 60 000 Franken. Somit ermöglichte Keller das Alterskompetenzzentrum. Zudem verhandelt er seither wegen der Mehrbelastung der Gemeinde mit dem Heim über den Kostenschlüssel bei den Baukosten.

Im Sommer 2015, also zwei Jahre später, war die Kostenschlüssel-Frage noch nicht gelöst, da kam die Spitex auf Keller zu und sagte ihm, dass sie ausziehen wolle. Die Spitex wolle wachsen und günstigere Mieten. Sie möchte gerne in die ehemalige Bezirksschreiberei des Kantons ziehen. E-Mails zwischen Keller, der Spitex und dem Kanton belegen, dass nicht Keller den Deal eingefädelt hat, sondern die Spitex auf ihn zukam. Keller erkundigte sich dann beim Kanton, ob die Bezirksschreiberei zum Verkauf stehe. Dies wurde bejaht. Die Spitex wollte, dass Binningen das Gebäude kauft, was Keller wegen der leeren Kasse abgelehnt hat. Zudem plädierte Keller für eine Lösung, die für alle Beteiligten ein Gewinn ist.

Die Keller-Lösung: Wenn die Spitex einen Investor hat, dann zieht sie aus. In dem Falle würde die Bauverwaltung ins Altersheim zügeln. Damit würde das Heim wieder einen Mieter haben und die Gemeinde könnte sich zwei Millionen Sanierungskosten am alten, ungeliebten Standort der Bauverwaltung sparen. Diese Lösung lehnte das Altersheim ab, weil eine Bauverwaltung nicht in die Räume eines Altersheims gehöre. Derweil schuf die Spitex Fakten, als sie den Mietvertrag mit der Gemeinde auf Ende 2016 kündigte. Die Gemeinde hat darauf ihren Mietvertrag mit dem Altersheim gekündigt.

Falsche Anschuldigungen

Keller wollte Fehler aller Beteiligten ausbügeln. Er hat das Altersheim nicht zugunsten der Spitex ausgetrickst. Ebenfalls falsch ist, dass er bewusst zum Schaden der Gemeinde gehandelt hat. Das Gegenteil war seine Absicht. Ein weiterer Vorwurf ist, dass er alleine, ohne Wissen des Gemeinderats und der Verwaltung gehandelt habe. Auch dies ist falsch: Sowohl der damalige Gemeindeverwalter sowie Gemeinderatskollegin und Stiftungsrätin des Altersheims, Heidi Ernst (SP), waren informiert. Sie waren auch an einer Krisensitzung im November zwischen Gemeinde, Heim und Spitex anwesend.

Ungeklärt ist die Frage, ob Keller, Ernst und die Verwaltung ihre Kompetenzen überschritten haben. Der Grund jedoch, weshalb Keller mit den durchaus komplexen Problemen nicht zum Gesamtgemeinderat ging, lag darin, dass er eine öffentliche Diskussion vermeiden wollte, denn er glaubte, dass man im Gemeinderat nicht offen und vertraulich diskutieren könne. Als Moos, Schmidli und Meerwein nun also von den Problemen erfuhren, suchten sie nicht etwa das klärende Gespräch mit Keller, sondern gingen in einer «Geheimaktion» nach Liestal, um den «Keller-Geheimplan» zu vereiteln.

Replik zum Artikel «Kampf gegen Pferdemist und Intrigen» in der BaZ vom 12. Februar

Qualität statt Parteipolitik für Binningen

Von Urs-Peter Moos

Wenn man schon als Journalist der BaZ die Gelegenheit hat, einen Artikel über die Binninger Gemeinderatswahlen zu schreiben, und auch selbst in Binningen wohnt wie Thomas Dähler, dann dürfte der Leser doch einen etwas ausgewogeneren Beitrag erwarten. Doch der Artikel sollte primär für die sogenannte «bürgerliche» Allianz Werbung machen, kombiniert mit dem Ziel, mich als Gemeinderat persönlich zu diskreditieren und zu verunglimpfen. Wenn man meine Arbeit als Gemeinderat kritisieren würde: Der sachlichen Kritik stelle ich mich gerne.

Meine Treppenreinigungsaktion beim Schloss war also «skurril»? Ich sehe das anders. Wenn eine Gemeinde, die für ihr Wahrzeichen in der näheren Vergangenheit 25 Millionen Franken Steuergelder ausgegeben hat, nicht einmal in der Lage ist, die vor drei Jahren neu gebaute Treppe regelmässig zu reinigen, dann ist das unhaltbar. Zum gleichen Thema gehört seit über fünf Jahren die verschmutzte Fassade des Imhofhauses.

Die Hauptfrage für Binningen ist nicht wie von Thomas Dähler dargestellt, die Frage, ob FDP und SVP zusammen eine Mehrheit im Gemeinderat erreichen und wer mit wem Reibereien hatte oder hat. Die Frage für Binningen ist, welche Personen welchen Leistungsausweis und welche Qualitäten sowie Erfahrung für das Amt des Gemeinderates mitbringen. Dieser Frage wurde jedoch nicht nachgegangen. Ist das etwa der Schwachpunkt des von Dähler hochgelobten Zweckbündnisses von FDP und SVP? Im Übrigen sollte der Gemeinderat als Exekutive nicht ein Ort der Parteipolitik, sondern der Sachpolitik sein.

Mein Verständnis von bürgerlich entspricht nicht demjenigen der «bürgerlichen» Allianz.

Für mich ist in den letzten Jahren immer offensichtlicher geworden, dass mein Verständnis von bürgerlich nicht demjenigen der «bürgerlichen» Allianz entspricht. Ich sehe keine bürgerliche Errungenschaften darin, Werkhofpersonal und ganz allgemein Personal im Aussendienst abzubauen, Blumenrabatten aus dem Budget zu streichen, den Strassenunterhalt zu kürzen, die Gebühren und Eintrittsgelder zu erhöhen, den Service public abzubauen, das Binninger Schloss zu vernachlässigen und sogar einen Verkauf zu prüfen. Gleichzeitig vergeudet die Gemeinde aber andernorts Steuergelder. Mangelhafte Bauaufsicht und nicht eingeforderte Garantieleistungen sind zwei Stichworte dazu. Aber auch die teuren Abgänge von mehreren Chefbeamten sind ein Thema.

Und was hat eigentlich die «bürgerliche» Mehrheit (22 von 40 Sitzen ohne Parteilose) im Einwohnerrat gebracht? Leider wenig. Neben einer unnötigen Budgetrückweisung im Dezember 2013, welche die Gemeinde wohl über 100 000 Franken gekostet hat, sticht vor allem die Tatsache ins Auge, dass im Moment acht Gemeinderatsgeschäfte im Einwohnerrat – zum Teil bereits seit Jahren – blockiert sind. Darunter so wichtige wie die Immobilienstrategie, das Binninger Schloss, der Schulhausneubau und die längst überfällige Revision des §41 der Gemeindeordnung (Schuldenverbot). Der Gemeindesteuerfuss ist auch nur so tief, weil wichtige Investitionen wie der Schulhausneubau hinausgezögert wurden.

Doch vermutlich werde ich jetzt wieder von einigen als «Querulant» bezeichnet werden, nur weil ich mir erlaubt habe, einige unerfreuliche Sachverhalte auf den Tisch zu legen. Zum gleichen Thema gehört, dass man mir und zwei anderen Gemeinderäten nun Vorwürfe macht, weil wir nach Liestal gefahren sind, um den eigentlich bereits aufgegleisten Verkauf der ehemaligen Bezirksschreiberei zu sistieren. Fakt ist, dass die drei Gemeinderäte, die nach Liestal gefahren sind, nichts entschieden haben, sondern mit ihrem Handeln nur sicherstellten, dass das zuständige Gremium, nämlich der Gesamtgemeinderat, über den Kauf dieser Top-Liegenschaft an einer Top-Lage zu einem Top-Preis entscheiden kann. Wenn nur noch 48 Stunden bleiben, gibt es keine Zeit für Diskussionen, dann muss erst das Feuer gelöscht werden. Nachher kann man dann die Brandursachen analysieren und besprechen.

Mit einer Intrige hat dies nichts zu tun und auch nicht mit Wahlkampf. Dass einige Institutionen und Personen mit der aktuellen Entwicklung nicht glücklich sind, ist nachvollziehbar. Ich hätte auf diesen Gegenwind auch gerne verzichtet, aber mit dem Erwerb der ehemaligen Bezirksschreiberei ergibt sich für die Gemeinde Binningen eine einmalige Chance.

Urs-Peter Moos (42) ist parteiloser Binninger Gemeinderat. Er war von 2011 bis 2015 Baselbieter Landrat.